# STADTROTINFO

Nr. 14
19. Juli
2002

Zeitung der PDS Offene Liste im Rat der Stadt Essen

PDS

V.i.S.d.P. PDS-Ratsgruppe, An St. Marien 1, 45141 Essen, Tel 0201/860 29 04, Fax 0201/860 29 06


## Ausverkauf geht weiter

*Mit erhöhter Schlagzahl wird in Essen kommunales Eigentum verkauft. Das letzte Geschäft, der Verkauf des Schienennetzes, ist noch nicht abgeschlossen, da beschloss der Stadtrat im Juni gegen die Stimmen der Grünen und der PDS den Verkauf des Kanalnetzes an einen nicht genannten US-Investor. Der Kanalnetz-Deal hat ein Volumen von 791 Mio. bis 1,32 Mrd. Euro, der Erlös für die Stadt soll zwischen 41,1 und 68,6 Mio. Euro betragen. Das Geld soll in die Instandsetzung des Kanalnetzes fließen.*

*Die hoch spekulativen US-Leasing-Geschäfte sind z.Z. bei den Kommunen in Mode, um leere Kassen zu füllen. Vor kurzem wurde im ARD Morgenmagazin berichtet, dass die US-Steuerbehörden viele US-Leasing-Geschäfte für unerlaubte Scheingeschäfte halten - was wir ebenfalls meinen. Welche Folgen ein ernsthaftes Vorgehen der US-Steuerbehörden gegen solche Geschäfte für die Kommunen hätte, ist völlig ungeklärt. Die Risiken werden mit der bundesweit deutlichen Zunahme der Geschäfte steigen.*

*Wünschenswert wäre es, wenn sich auch in Essen wie anderen Orten mehr kritische Stimmen äußern würden. So erwägt der Grundstückseignerverband Haus- und Grund in Dortmund eine Klage, weil die Erlöse des Verkaufs des dortigen Kanalnetzes nicht zur Senkung der Gebühren eingesetzt werden. Denn die Gebühren decken die Kosten – Gewinne dürfen in Gebührenhaushalten nicht erzielt werden. Es wäre interessant, das auch in Essen zu prüfen. Wichtig ist es in jedem Fall, die Öffentlichkeit über diese Monopoly-Geschäfte und ihre Risiken mehr zu informieren. Die PDS-Ratsgruppe sucht hierzu gezielt die Zusammenarbeit mit kritischen Kräften. Kontakt besteht bereits mit der Essener Attac-Gruppe, in der es Überlegungen gibt, das Thema nach den Sommerferien verstärkt aufzugreifen.*

**Gabriele Giesecke**

## 325 Arbeitsplätze beim GE gefährdet

# Kommunaler Druck nötig

*In der Essener Metallindustrie zeichnen sich drastische Einschnitte ab. Allein bei GE Energy Products in Bergeborbeck sind 325 Arbeitsplätze gefährdet. Belegschaft und Betriebsrat erfuhren aus französischen Zeitungen von Überlegungen in der Spitze des amerikanischen Konzerns, das Werk zu schließen. Der Siemens-Betriebsrat befürchtet den Verlust von 300 Stellen in der Montage, bei VSG Schmiedetechnik sind bis zu 100 Arbeitsplätze gefährdet. Und auch der Verkauf der Widia GmbH an den Kennametal-Konzern hat „Synergieeffekte" zum Ziel – Belegschaftsvertreter befürchten erneut Arbeitsplatzverluste.*

GE Energy Products stellt Gasturbinen her und ist ein Rest von AEG Kanis, früher einer der größten Essener Metall-Betriebe. Der Kampf um den Erhalte von AEG Kanis führte auf Dauer nicht zum Erfolg. Der französische Alstholm-Konzern übernahm einen Teil des Werkes, das in Bergeborbeck mit öffentlicher Hilfe neu gebaut wurde. Alstholm verkaufte den Betrieb erst 1999 für 910 Mio. DM an den amerikanischen Energieriesen GE. Die Belegschaft in Bergeborbeck hatte von Anfang an befürchtet, „dass das nicht gut geht". Der Umsatz stieg in den letzten Jahren jedoch, die Umsatzrendite liegt bei 10 % – das gilt auch nach Shareholder-Value-Maßstäben als durchaus ordentlich.

Während das örtliche Management sich zu den Überlegungen von GE nicht äußert, wollen Betriebsrat und IG Metall für den Erhalt des Standortes kämpfen. Unterstützung aus der Kommunalpolitik ist ihnen zugesichert worden – soweit das möglich ist bei einer Konzernspitze, die tausende Kilometer entfernt sitzt und für die Essen eines der kleinsten Werke ist.

In einem Brief von Birgit Lüdke-Jordan, vor kurzem neu gewählte Sprecherin des PDS-Kreisverbands, und PDS-Ratsfrau Gabriele Giesecke an den Betriebsrat und die IG Metall heißt es: „Essen hat seit vielen Jahren in großem Umfang gewerbliche Arbeitsplätze verloren. Deshalb kommt dem Erhalt der verbliebenen gewerblichen Arbeitsplätze ein besonderer Stellenwert zu ... Dass Belegschaft und Betriebsrat von den Schließungsabsichten aus der Zeitung erfahren haben, zeigt plastisch, wie wenig Rücksicht die ‚Global Player' unter den Konzernen auf die Interessen der Belegschaften nehmen. Hier gilt es, ein Gegengewicht zu setzen." **(wof)**

**In Stoppenberg, Holsterhausen und Stadtwald wächst der Protest gegen die von der Verwaltung vorgeschlagene Schließung von drei Stadtteilbibliotheken. Die letzte Kulturausschuss-Sitzung wurde von den Initiativen besucht. Nach Versammlungen, Unterschriftensammlungen und Aktionen wollen sie sich vernetzen. Kontakte über: Rudi Jelinek (Stoppenberg, Tel. 32 78 03), Waltraud Schulte-Eversum (Holsterhausen, Tel. 73 51 36) und Irmgard Krusenbaum (Stadtwald, Tel. 44 29 00).**

# Erhalt der Müllentsorgung in kommunaler Hand!

## PDS-Initiative im Stadtrat abgelehnt Weitere Diskussion nötig

*Die Entscheidung des Stadtrates über den anstehenden Verkauf von 49 % der Essener Entsorgungsbetriebe (EBE) musste bis in den Herbst verschoben werden. Die Anteile sollen voraussichtlich an Trienekens – jetzt RWE Umwelt – verkauft werden, die das höchste Gebot abgaben. Grund für die Verzögerung sind rechtliche Schritte, die die Firma Rethmann gegen Trienekens/RWE Umwelt, eingeleitet hat.*

Die PDS schlug in dieser Situation vor, die verbleibende Zeit zu nutzen, um Alternativen zum Verkauf zu prüfen. Angesichts der Vorgänge – Stichwort „Spendenskandal" und Korruption – ist es notwendig, die Privatisierung des lukrativen Müllgeschäftes neu zu überdenken. Ein interessantes Beispiel, wie es auch ohne Privatisierung geht ist der kommunale Abfallverband EKOCity in unserer unmittelbaren Nachbarschaft.

Aber auch die Skandale in letzter Zeit brachten in Essen kein Umdenken: CDU, SPD, FDP und REP hielten am Verkauf ohne Wenn und Aber fest. Nur die Grünen, die vor zwei Jahren noch unter bestimmten Bedingungen den Verkauf gebilligt hätten, unterstützten den PDS-Antrag. In der RWE-Zentrale am Opernplatz wird man sich gefreut haben: Es ist schließlich eine Prestigefrage für das RWE am Konzernsitz den Müllmarkt völlig in die Hand zu bekommen.

### Auszüge aus der Rede von PDS-Ratsfrau Gabriele Giesecke

Die Müllentsorgung ist ein äußerst lukratives Geschäft, das zeigt allein der Kampf mit harten Bandagen um die Marktanteile. Kurzfristig kann der Verkauf der EBE-Anteile jetzt 46 Mio. Euro bringen, die im Haushaltsloch verschwinden werden und kein einziges Problem wirklich dauerhaft lösen. Es ist an der Zeit, hier andere Wege, nachhaltige Maßnahmen einzuleiten. Wenn man noch die hochspekulativen US-Lease-Geschäfte dazu nimmt, wird ein Ausverkauf städtischen Eigentums betrieben, der beängstigend ist.

Warum sollte Essen die Müllentsorgung nicht in eigener Hand gewinnbringend durchführen können? Warum soll Essen sich die Gewinne mit den privaten Investoren teilen? Ist es nicht im Interesse der Essener Einwohner, das Geschäft in kommunaler Trägerschaft zu organisieren und anfallende Gewinne zu Gebührensenkungen zu nutzen? Die EBE hat über lange Jahre Gewinne von rd. 10 Mio. DM jährlich erwirtschaftet, die dem Stadthaushalt zu Gute gekommen sind. Warum sollte sich dies nicht mit einem optimierten Betriebskonzept ohne die Teilprivatisierung erreichen lassen?

In unmittelbarer Nachbarschaft gehen einige Städte und Kreis einen anderen Weg. Bochum, Herne, Wuppertal und andere gründen den kommunalen Abfallwirtschaftsverband EKOCity. Bewusst setzt der Verband darauf, ohne private Konzerne auszukommen. Langfristig will man günstige Preise sichern. Ein Anliegen, dem auch wir im Interesse unserer aller Geldbeutel Rechnung tragen sollten.

### Kein Verkauf vor Abschluss der Ermittlungen

Selbst wer anders als wir eine Privatisierung öffentlichen Eigentum für sinnvoll hält, im Augenblick an RWE/Trienekens zu verkaufen, geht gar nicht. Zunächst müssen alle laufenden Verfahren, einschließlich der anhängigen Strafverfahren, abgeschlossen sein. Finanzminister Steinbrück hat bereits vor Monaten für den Fall der Bestätigung von Vorwürfen im Kölner Spendenskandal den Ausschluss der Firma von öffentlichen Aufträgen angekündigt. Und ob die Manager von RWE Umwelt tatsächlich für andere Geschäftspraktiken stehen, ist noch nicht erwiesen. RWE Umwelt Chef Bernard M. Kemper ist die Verhaftung von Hellmut Trienekens jedenfalls peinlich. Kemper hatte nämlich noch wenige Tage vorher verkündet, er habe keine Hinweise auf „strafrechtlich relevante Altlasten" bei Trienekens. Da wird er wohl noch mal nach recherchieren müssen.

Trienekens ist ein Bieter mit äußerst zweifelhaften und teilweise strafbewehrten Geschäftspraktiken. Der bisherige Firmeneigentümer Hellmut Trienekens, in der Müllbranche seit langem auch als „Ölkannen-Hellmut" bekannt, sitzt wegen des Vorwurfs der Beihilfe zur Bestechung sowie der Steuerhinterziehung in U-Haft. (Seine Geschäfte liefen – so kann man es hier wohl mit Fug und Recht sagen – lange „wie geschmiert".)

Wir können die Gründe, wegen denen Rethmann jetzt den Verkauf an Trienekens rechtlich angreift, gut nachvollziehen. Um mit der EU-Kommission anzufangen: Rethmann spricht von ungerechtfertigten Subventionen, weil der 49,9-%-Anteil an den Kölner Abfallwirtschaftsbetrieben an Trienekens verkauft wurde, obwohl Rethmanns Gebot um 20 Mio. Euro höher lag. Den Verkauf der Anteile an der AWB als Kompensation zum Essener Geschäft anzubieten ist zweifelhaft: Schließlich lief beim Abschluss nicht alles legal, wie heute bekannt ist. Bekommt Rethmann Recht, wäre die Genehmigung des Kartellamtes hinfällig. Und es wäre nicht das erste Mal, dass Rethmann sich rechtlich durchsetzt.

### Kartellrechtlich zweifelhaft

Die vollständige Übernahme durch RWE schafft darüber hinaus eine neue, aus unserer Sicht, problematische Lage in kartellrechtlicher Hinsicht. Zum Zeitpunkt der Entscheidung des Kartellamtes war Trienekens noch selbstständig, jetzt gehört es zu 100% RWE Umwelt. RWE Umwelt beherrscht nun das Müllgeschäft in NRW zu ungefähr 40%. Von mehr „Markt" zu sprechen, der durch die Privatisierungen hergestellt werden soll, wie es vor allem die CDU gern tut, ist angesichts der monopolartigen Stellung des RWE ein schlechter Witz. Europaweit steht RWE auf Platz 3 als Entsorgungsdienstleister.

Ein Verkauf kommt also im Moment nicht in Betracht. Bleibt die Frage: Was passiert in der Zwischenzeit bis zur endgültigen Aufklärung? Unser Vorschlag liegt auf dem Tisch. Wir wollen eine Überprüfung des bisher eingeschlagenen Weges der Teilprivatisierung. In Münster war vor wenigen Wochen ein Bürgerbegehren gegen den Teilverkauf der Stadtwerke erfolgreich. Auch in anderen Städten haben Bürgerbewegungen erfolgreich gegen Verkäufe mobil gemacht. Für uns ein Zeichen, dass die Bürger und Bürgerinnen den Ausverkauf ihres Eigentums immer kritischer sehen. Im Interesse der nachhaltigen Entwicklung der Lebensverhältnisse in dieser Stadt muss der eingeschlagene Weg der Privatisierung überprüft werden.

## Ordnungsausschuss

### Bericht zu den Libanesen – Beispiel Bremen

Den Wind aus den Segeln nahm Ordnungsdezernent Hinsen dem PDS-Vertreter im Ordnungsausschuss, der in der letzten Sitzung nach zwei Jahren Sondermittlungen zu libanesischen Flüchtlingen mit angeblich ungeklärter Staatsangehörigkeit einen Antrag auf eine erneute Berichterstattung über den Sachstand stellte. Hinsen erklärte, es sei für September/Oktober „selbstverständlich" ein Bericht geplant. Auf Nachfrage sicherte er zu, die von der PDS gestellten Fragen darin zu beantworten. Dabei ging es auch darum, was denn nun von dem angeblichen „Sozialhilfebetrug in Millionenhöhe" nachweisbar ist und wie viele Abschiebungen wegen falscher Aussage zur Staatsangehörigkeit es gegeben habe. Vor einem Jahr waren 1.400 von 1.931 Akten gesichtet. Tatsächlich abgeschoben worden waren jedoch nur sieben Personen. Bleibt die öffentliche Diskriminierung einer ganzen Gruppe von Flüchtlingen.

In einem Brief hat die PDS-Gruppe Herrn Hinsen inzwischen darauf hingewiesen, dass der Bremer Innensenator nach einem Urteil des OVG Bremen einen Erlass herausgegeben hat, nachdem den Kindern von staatenlosen libanesischen Flüchtlingen unter bestimmten Bedingungen das Bleiberecht gewährt wird. Der Erlass ist das Eingeständnis, dass es nicht angehen kann, die Kinder für mögliche Falschangaben ihrer Eltern zur Staatsangehörigkeit verantwortlich zu machen. Das ist wichtig, weil der größte Teil der 1.931 in Rede stehenden Personen in Essen ebenfalls Kinder sind. Die PDS-Gruppe wünscht eine entsprechende Anwendung der Rechtsprechung in Essen – schließlich war Bremen auch Herrn Hinsens Vorbild in Punkto Verfolgung. **(wof)**

## Frank Tiedemann – neu für die PDS in der BV I

Mein Name ist Frank Tiedemann, ich bin 41 Jahre alt. Beruflich bin ich als Verwaltungsangestellter tätig, nebenher studiere ich Politikwissenschaften. Seit 1995 bin ich in der PDS tätig, 1998 wurde ich Mitglied.

Seit Februar 2002 bin ich Mitglied in der BV I, weil unser bisheriger Vertreter sein Mandat niederlegte. Der Bezirk umfasst die Innenstadt und angrenzende Viertel. Im Bezirk treffen soziale Gegensätze besonders heftig aufeinander. Dem Ausgleich zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen kommt deshalb in dem Bezirk eine große Bedeutung zu. Hier will ich mich engagieren, ohne andere Gebiete, wie z.B. Verkehr oder Kultur zu vernachlässigen.

Ich bin sehr daran interessiert, nicht nur auf politische Themen zu reagieren, die von anderen auf die Tagesordnung gesetzt werden, sondern will eigene Anträge einzubringen, die Interessen von Bürgerinnen und Bürger aufnehmen. Anregungen und Informationen nehme ich gerne auf. Ich bin erreichbar übers Büro der Ratsgruppe oder über Handy (0179/404 20 39).

**(Frank Tiedemann)**

## Bezirk II Rüttenscheid

### Flächennutzungsplan für UMTS-Antennen

Die Diskussion um die immer häufiger aufgestellten UMTS-Antennen in den Stadtteilen nimmt zu. Die Verwaltung hat allen Bezirksvertretungen ein dickes Aktenpaket mit Unterlagen zur Frage einschließlich der Berichte und Beschlüsse des Planungsausschusses vorgelegt. Die Bezirksvertretung I beschloss bei dieser Gelegenheit auf Antrag der PDS, dass sie auch die Karte vorgestellt haben möchte, in der die Verwaltung alle Mobilfunk- und UMTS-Antennen im Stadtteil erfasst. Die Bezirksvertretung III hatte ähnliches schon vorher beschlossen – ebenfalls auf Antrag des PDS-Vertreters.

Die Bezirksvertretung II ging in ihrer vorletzten Sitzung einen Schritt weiter und sprach sich für die Aufstellung eines elektromagnetischen Flächennutzungsplans für das Stadtgebiet aus. Diese Forderung setzt voraus, dass bei der Kartographierung auch die Strahlungsstärken und -richtungen erfasst werden, was bisher noch nicht der Fall ist.

Im Planungsausschuss und im Gesundheitsausschuss wurde vor kurzem über die Änderung der rechtlichen Situation berichtet. Alle Mobilfunksendeantennen müssen nach entsprechenden Urteilen und einem Erlass des Landes in Zukunft baurechtlich genehmigt werden. Während andere Städte wie Köln auch rückwirkend Anträge verlangen, sieht die Verwaltungsspitze in Essen das anders: Sie hält eine rückwirkende Genehmigungspflicht nicht für möglich. Vielleicht auch ein Indiz, dass die Essener Verwaltung nach wie vor zu sorglos im Umgang mit UMTS ist? **(wof)**

## Hauptausschuss

### Mehr Transparenz

Ist Ihnen das auch schon passiert: Sie wünschen als Bürger Einsicht in eine gewisse Verwaltungsinformation irgendeiner Verwaltung – Kommune, Land oder Bund. Sehr oft kommt die Antwort: Geht nicht, da nicht für die Öffentlichkeit bestimmt oder die Kosten für die Erlangung der Information sind so hoch.

Die Organisation Transparency International hat festgestellt, dass Deutschland das rückständigste aller großen Industrieländer ist, wenn es um den Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu Verwaltungsinformationen geht. Auch dies ist eine Ursache für die Politikverdrossenheit der Menschen in Deutschland und für eine gewisse Korruptionsgefährdung. Mit dem Informationsfreiheitsgesetz NRW, das seit dem 1.1.2002 gilt, soll das Verwaltungshandeln für die Bürgerinnen und Bürger durchschaubarer gestaltet werden. Es legt die Zugangsrechte zu den Verwaltungsinformationen fest.

Vor diesem Hintergrund stellte die PDS-Ratsgruppe im Mai einen Antrag zur transparenteren Gestaltung der Ratsarbeit. Viele bisher im nicht-öffentlichen Teil von Rats- und Bezirksvertretungssitzungen verhandelten Vorlagen könnten in den öffentlichen Teil gezogen werden. Damit würde die Mitwirkung von Einwohnerinnen und Einwohner am Stadtgeschehen erleichtert. Der Rat verwies den Antrag an den Haupt- und Finanzausschuss mit dem Auftrag an die Verwaltung, über die Situation nach Inkraft treten des Informationsfreiheitsgesetzes zu informieren. Dort wird er erst nach der Sommerpause behandelt. **(H.-J. Schwartz)**

## Termine Termine Termine

**Mittwoch, 17.7.:**
*Eine friedliche Zukunft für Palästina?* Die Bedeutung der israelischen Siedlungspolitik für die Gewalteskalation. Veranstaltung des Essener Friedensforums mit Dr. Viktoria Wirtz. 19.00 Uhr, VHS Essen, Hollestr. 75

**Mittwoch, 24.7.:**
*Treffen der PDS-Stadtteilgruppe West.* 19.00 Uhr, Gaststätte Freibad West
*Offener Treff der PDS Borbeck.* 19.00 Uhr, Gaststätte Wirtshaus Borbeck, Germaniastr. 230
*Initiative „A 52 stoppen".* 19.00 Uhr, Ev. Kirchengemeinde, Hövelstr. 73

**Montag, 5.8.:**
*Jahreshauptversammlung der Mietergemeinschaft Essen.* 18.30 Uhr, Büro der Mietergemeinschaft, Steeler Pfad 19

**Donnerstag, 15.8.:**
*Treffen der Initiative Contrarapid.* 19.30 Uhr, Umweltzentrum, Maxstr. 11

**Montag, 19.8.:** *PDS-Ratsgruppe.* 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

# Straßenstrich und kein Ende ...

## Ohne Alternativstandort keine Lösung – Hilfsangebote gefragt

*Eine turbulente, von über 100 Leuten besuchte Bürgerversammlung zu der von vielen Anwohner/innen befürchteten Verlagerung des Straßenstrichs zur Pferdebahn fand am 11.7.2002 in Essen-Altendorf statt. Die im Stadtteil gegründete Bürgerinitiative hatte Vertreter der Ratsparteien und der Bezirksvertretung eingeladen. Hintergrund war die von der Ratsmehrheit und der Verwaltungsspitze betriebene und gerade in Kraft getretene Vergrößerung des Sperrbezirks in der Innenstadt auf die Münchener Straße, wohin der Strich erst vor knapp zwei Jahren zum ersten Mal verdrängt wurde.*

CDU- und FDP-Politiker behaupteten forsch, sie hätten eine Verdrängung des Strichs an die Pferdebahn nie beabsichtigt. Sie wollten überhaupt keinen Straßenstrich in Essen. SPD, Grüne und PDS – für uns saß Gabriele Giesecke im Podium – waren sich einig, dass die Weigerung der Mehrheitsparteien und der Verwaltungsspitze, überhaupt einen „Standort" zu benennen sowohl gegenüber den Anwohner/innen als auch gegenüber den Prostituierten verantwortungslos ist. Prostitution ist ein Großstadtproblem, das nicht verschwindet, wenn man sich nicht damit befassen will. Die drei oppositionellen Parteien waren sich auch einig, dass die Pferdebahn keine geeignete Alternative zur Münchener Straße ist. Das sehen auch die betroffenen Prostituierten so, die bei Umfragen eine Verdrängung zur Pferdebahn ablehnten, sowie Hilfsorganisationen und Polizei.

Nachdem inzwischen auch der Polizeipräsident die von den Mehrheitsparteien und der Verwaltungsspitze erzwungene erneute Vertreibung deutlich kritisierte, sprach sich die PDS-Gruppe für erneute, konsensorientierte Gespräche über einen Standort für den Straßenstrich in Essen aus. Hilfsangebote sind nur möglich, wenn der Standort klar ist. Dabei muss davon ausgegangen werden, dass die Pferdebahn als Standort „verbrannt" ist – selbst wenn man sie wollte. Den Rest wird vermutlich Thyssen-Krupp-Immobilien hinter den Kulissen erwirken – der Konzern will schließlich seinen Grund und Boden im Krupp'schen Gürtel vermarkten.

Auch deshalb spricht einiges für ein räumliches und/oder zeitliches „Fenster" im Sperrbezirk in der Innenstadt, was die PDS-Gruppe schon vor langem vorgeschlagen hat. Z.B. könnte das obere Ende der Hachestraße, gegenüber dem ehemaligen Güterbahnhof, ein „Anbahnungsort" für einen geduldeten Straßenstrich sein. In jedem Fall ist nach Auffassung der PDS-Gruppe ein Ausweg aus der verfahrenen Situation nur möglich, wenn eine soziale Absicherung des Straßenstrichs wie in Dortmund oder Köln geschaffen wird. D.h. am jeweiligen Standort müssen sanitäre Einrichtungen, Anlagen zur „Verrichtung" und Anlaufstellen der Hilfsorganisationen vorhanden sein. **(Wolfgang Freye)**

# Studiengebühren – Rat lehnt Debatte ab

Der Stadtrat lehnte in seiner Juni-Sitzung eine Debatte und Beschlussfassung zur Fusion der Essener Universität mit der Universität Duisburg und der geplanten Erhöhung von Studiengebühren ab. Die PDS-Ratsgruppe hatte hierzu einen Antrag vorgelegt. Der AStA der Uni begrüßte die Initiative der PDS. Er selbst legte zur Ratssitzung eine Resolution vor, die ebenfalls die Unterstützung des Stadtrats mit den Anliegen der Studierenden zum Ausdruck bringen sollte. Die Resolution wurde von den zahlreich erschienenen Studierenden im Ratssaal verteilt. PDS-Ratsherr Achim Stahl (Foto) zog den Antrag der PDS daraufhin zugunsten der Resolution der Studierenden zurück, denn die PDS unterstützt es, wenn Betroffene sich selbst äußern. Die Studierenden wiesen insbesondere auf die schlechte materielle Absicherung vieler Studierenden hin, eine der Hauptursachen für lange Studienzeiten. Leider verpasste der Stadtrat die Chance, mit den Studierenden über ihre Situation ins Gespräch zu kommen. Auf Antrag der CDU behandelte der Stadtrat den Punkt nicht, weil ein kommunalpolitischer Bezug fehle. Die Studierenden zeigten sich tief enttäuscht, schließlich sind auch sie Einwohner von Essen, ist die Universität Teil der Stadt. Zu dem Zeitpunkt befanden sich die Studierenden seit Wochen im Streik gegen die geplante Einführung der Studiengebühren. Sie hätten die Unterstützung dringend gebraucht. **(syb)**

**PDS-Stadtrat Achim Stahl**

## Wohnungspolitik in der Kommune

„Privatisierung, Stadtflucht, Eigenheimbau – Kommunalpolitik was tun?" – so lautete der Titel der wohnungspolitischen Konferenz der PDS-Ratsgruppe am 22. Juni 2002 im Grend in Essen-Steele. Wohnungspolitik ist in allen Ruhrgebietstädten heiß umstritten. Ziel der Konferenz war es, gemeinsam mit Experten eine Bestandsaufnahme der aktuellen Situation zu machen und Handlungsansätze „vor Ort" zu entwickeln.

Zunächst nahm Ulla Lötzer, PDS-MdB aus Köln, gegen den Verkauf des Wohnungsbestandes der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) Stellung. Die Landesregierung plant den Verkauf, um ihr Haushaltsdefizit zu verringern. Dabei geht es um rund 110.000 Wohnungen, die Hälfte davon im Ruhrgebiet. Dagegen hat sich zwischenzeitlich ein breites Bündnis gebildet. Einer der Sprecher, Helmut Lierhaus vom Mieterverein Dortmund, stellte im weiteren Verlauf der Konferenz die Aktivitäten der Initiative vor.

Die wichtige Rolle, die kommunale Wohnungsbaugesellschaften gerade bei der Wohnraumversorgung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten spielt, stand im Mittelpunkt des Referates von Arnd von Horn, Pressesprecher der Allbau AG Essen. Wolfgang Kiehle von der Wohnbundberatung Bochum beleuchtete die Gründe für den Einwohnerverlust des Ruhrgebietes, der mit Eigenheimbau nicht zu stoppen ist. Die Abwanderung hat vielmehr mit Strukturproblemen zu tun – im Ruhrgebiet fehlen Arbeitsplätze und die Menschen gegen dorthin, wo sie Arbeit finden.

Genau vor dieser Problematik stehen auch viele Regionen in Ostdeutschland. Siegfried Schlegel, PDS-Stadtrat in Leipzig und Sprecher der PDS Bundes-AG Wohnen stellte die Erfahrungen aus den neuen Bundesländern dar und schilderte die bisher gezogenen Konsequenzen.

Von den 30 Teilnehmer/innen der Konferenz kamen viele aus unterschiedlichen Initiativen rund ums Wohnen. Die Diskussion war deshalb auch von einem interessanten Erfahrungsaustausch geprägt. **(Gabriele Giesecke)**

**Bestellschein:** Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen erhalten. Bitte schicken Sie das **StadtRotInfo** kostenlos und unverbindlich an folgende Anschrift:

. . . . . .

Name, Vorname Straße

. . . . . .

PLZ / Ort (Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0201 / 860 29 04)